Widerstand gegen das europäische Grenzregime

Jahresbericht 2022 borderline-europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



Inhalt

Vorwort	5
Über uns	8
Selbstverständnis	8
Wer wir sind und was wir tun	9
Das Jahr 2022	10
Kampf gegen Kriminalisierung von Flucht und Fluchthilfe	10
Italien und das zentrale Mittelmeer	16
Externalisierung der EU-Außengrenzen	22
Griechenland, Lesbos und die Ägäis	26
Relocation	34
Initiative: Stop Deportation Centre BER!	37
Solidarity with refugees in Libya	38
Spenden und Mitmachen	42
Liste unserer Partner*innen und Netzwerke	44
Improceum und Kontakt	16



mit ALLEN Menschen auf der Flucht.

Vorwort

Gewalt, Armut und Perspektivlosigkeit veranlassten auch im vergangenen Jahr unzählige Menschen dazu, lebensgefährliche Wege auf sich zu nehmen, um Sicherheit in Europa zu suchen. Alleine bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, sind seit 2014 mehr als 25.000 Menschen gestorben oder gelten als vermisst. Die Antwort der EU: Militarisierung, Kriminalisierung und Abschottung. Die letzten Jahre haben zu einer stetig zunehmenden Eskalation in der europäischen Migrationspolitik geführt. Von obskuren Abkommen mit außereuropäischen Drittländern, über den Bau von als Aufnahmezentren getarnten Hochsicherheitstrakts bis zu körperlicher Misshandlung von Schutzsuchenden durch vermummte EU-Grenzschutzbeamt*innen

Bis dato bestehende Zweifel an dem politischen Willen hinter den menschenfeindlichem Vorgehen gegenüber Menschen auf der Flucht, hoben sich spätestens mit den Entwicklungen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine auf. Das Ereignis löste sowohl auf politischer Ebene als auch in der Bevölkerung tiefes Entsetzen und ungekannte Solidarität aus. Die Aktivierung der sog. EU-Massenzustromsrichltinie oder Richtlinie zum vorrübergehenden Schutz veranschaulichte auf eindrückliche Weise, dass die europäische Politik durchaus in der Lage ist, angemessen auf Fluchtbewegungen zu reagieren und Menschen auf unbürokratische und schnelle Weise in Sicherheit zu bringen, wenn der politische Wille es zulässt

Gleichzeitig wurde schnell klar, dass dieser Schutz nicht allen Flüchtenden gleichsam vorbehalten war: unzählige afrikanische Studierende wurden an der Flucht gehindert, an den Grenzen gewaltvoll abgewiesen und im Kriegsgebiet zurückgelassen. Insbesondere für Flüchtende, die an anderen Orten seit langem verzweifelt auf europäische Hilfe und Schutz warteten, sendete dies eine bittere Botschaft. Mehrere tausende Geflüchtete versammelten sich u.a. vor dem Sitz des UNHCRs in Libyen und forderten sofortige Evakuierungen und eine gleichartige Behandlung, doch ihre Stimmen bleiben bis heute zum Großteil unerhört.

Obwohl sich auch ukrainische Staatsbürger*innen bald Diskriminierung und Ausbeutung ausgesetzt sahen, erstaunten die immensen Kräfte, die nach Kriegs-

>>>

ausbruch mobilisiert wurden, um ukrainische Flüchtende in europäischen Ländern aufzunehmen. Gleichzeitig warf es viele Fragen auf, insbesondere darüber, welche Leben von europäischen Entscheidungsträger*innen als schützenswert erachtet werden und welche nicht

Die entsetzlichen Bilder hilfesuchender Afghan*innen, die nur wenige Monate zuvor, nach der Machtübernahme der Taliban, um Evakuierung flehten, schwebten noch intensiv vor Augen. Tausende afghanische Staatsbürger*innen bangten verzweifelt um ihr Leben und mussten zusehen, wie die EU ihnen Fluchtwege bewusst blockierte, während sie anderen auf selbstverständliche Weise Schutz gewährte.

Und während Züge, Busse und Privatfahrzeuge Menschen problemlos über die polnischen Grenzen brachten, erfroren wenige hundert Kilometer weiter Schutzsuchende in den belarussischen Wäldern, weil sie gnadenlos am Grenzübertritt nach Polen gehindert und in eisiger Kälte sich selbst überlassen wurden. Sie waren zu einem machtpolitischen Spielball zwischen der EU und Weißrussland geworden. Eben diese tragischen Geschehnisse wurden im vergangenen Jahr zum Anlass genommen, um den Weg zu neuen Regulierungen zu bahnen, die das Recht auf Asyl formell aushebeln und Pushbacks legalisieren sollten. Durch die mangelnde Stimmenmehrheit konnte die Umsetzung der sogenannten *Instrumentalisierungsverordnung* zu Ende des Jahres zunächst noch verhindert werden. Doch die Richtung, die allein diskursiv eingeschlagen wird, alleine erschreckt und lässt die gefährlichen Tendenzen erkennen, die es ermöglichen, immer gewaltvollere und menschenverachtendere Praktiken politisch zu legitimieren und Undenkbares öffentlich auszusprechen.

Die besorgniserregenden politischen Entwicklungen der Migrationspolitik spiegelten sich auch in den menschenfeindlichen Bestrebungen wieder, Schutzsuchende schnellstmöglich von europäischem Territorium zu entfernen und sie ihrem Recht auf ein angemessenes Asylverfahren zu berauben. Großbritannien und Dänemark zeigen sich als Vorreiter*innen bei dem Versuch, die Asylverfahren von Migrant*innen in afrikanische Drittstaaten zu verlagern. Die Idee, traumatisierte Geflüchtete in Länder abzuschieben, in denen die Einhaltung von Menschen- und Asylrechten nicht garantiert werden kann und ihnen potentiell Gefahr für Leib und Leben droht, ist maximal zynisch. Der erste geplante Flug der britischen Regierung im Juni 2022, der hunderte Asylsuchende nach Ruanda abschieben sollte, konnte durch einen Eilbeschluss des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in letzter Minute aufgehalten werden. Ende Dezember 2022 entschied der Oberste Britische Gerichtshof jedoch, dass eine Auslagerung des Asylverfahrens nach Ruanda rechtmäßig sei. Gegen

dieses Urteil liegt eine Berufung vor, unabhängig von seinem Ausgang ist die politische Linie jedoch eindeutig. Das Verfahren markiert eine neue Eskalation der seit Jahren ansteigenden Externalisierungsbemühungen der EU und sendet eine weitere symbolische Botschaft der Abschreckung.

Ähnlich menschenverachtend sind die Methoden der faschistischen italienischen Regierung, die im September 2022 ins Amt trat. Als Mittelmeerstaat ist Italien eines der primären Akunftsländer für Menschen, die über das zentrale Mittelmeer, eine der tödlichsten Routen der Welt, ankommen. Die politischen Akteur*innen greifen nicht nur nicht ein, sondern behindern auch aktiv die Arbeit derer, die Menschenleben retten. Die systematische Kriminalisierung der Seenotrettung ist eine seit Jahren verbreitete Strategie der italienischen Regierung. Mit dem Amtswechsel zeichnen sich zusätzlich zunehmend abwegigere Strategien ab, die es zum Ziel haben, das Retten von Menschenleben zu behindern. Die Durchführung mehrerer Rettungseinsätze hintereinander wurde per Dekret untersagt, die Schiffe sind verpflichtet, unmittelbar nach der Rettung einen Hafen anzusteuern. Gleichzeitig befinden sich die zugewiesenen Häfen immer weiter von dem Rettungsgebieten entfernt, sodass die Schiffe zwangsläufig von weiteren Einsätzen abgehalten werden. Die Fluchtversuche und Abfahrten nehmen dadurch nicht ab - das Sterben auf dem Mittelmeer nimmt jedoch zu.

Das Ziel ist auf gesamteuropäischer Ebene dasselbe: Abschottung. Deals mit der Türkei, Libyen, Tunesien, Ägypten sowie diversen zentral- und westafrikanischen Staaten wurden von der EU auch im vergangenen Jahr ausgebaut, um Menschen bereits vor der Abreise nach Europa aufzuhalten. Die Aufrüstung der Grenzschutzagentur Frontex, der Bau von Mauern und Zäunen und der Einsatz von Waffen und Technologien zur Identifizierung, Überwachung und Abschreckung gehören zu den vielen Strategien, die Europa euphemistisch und zynisch zugleich unter dem Begriff "Migrationsmanagement" zusammenfasst.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben dabei immer wieder deutlich gemacht: kein Vertrag, kein Lager, keine Gefängnisstrafen hindern Menschen daran, zu flüchten und Schutz zu suchen. Die fatalen Maßnahmen führen lediglich zu mehr Tod und Leid.

Let's make solidarity a threat again.

Kristina Di Bella, borderline-europe Berlin, den 22. Februar 2023

Über uns

SELBSTVERSTÄNDNIS

borderline-europe tritt ein für das Recht auf Bewegungsfreiheit für alle Menschen.

Während europäische Staatsbürger*innen beinahe grenzenlose Bewegungsfreiheit genießen, wird die Freizügigkeit von Menschen aus dem Globalen Süden vehement infrage gestellt.

Neben Krieg und Verfolgung sind es jedoch vor allem die über Jahrhunderte gewachsenen ungerechten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die Menschen dazu veranlassen, ihr Herkunftsland zu verlassen. Geopolitische und ökonomische Verhältnisse, zu deren Hauptprofiteur*innen die EU und ihre Bürger*innen zählen. Doch die Europäische Union verwehrt diesen Menschen nicht nur legale und damit sichere Einreisewege, sondern setzt darüber hinaus alles daran, deren Einreise und Aufenthalt zu verhindern. Die Mobilität von Menschen aus dem Globalen Süden wird als Sicherheitsproblem und Bedrohung dargestellt, die kontrolliert und eingedämmt werden muss. Dabei werden Menschenrechtsverletzungen nicht nur "gebilligt" oder -verpflichtungen heimlich umgangen; europäische Behörden und Mitgliedsstaaten verletzen jene ausdrücklich, systematisch und öffentlich.

Alle Menschen haben das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Es ist nicht verhandelbar. Dazu gehört die freie Wahl des Wohnorts und der Zugang zu politischen und sozialen Rechten.

Wir verstehen unsere Arbeit als zivilen Widerstand gegen die gegenwärtige europäische Migrations- und Grenzpolitik und damit zwingend auch als feministisch, anti-rassistisch und anti-kapitalistisch.

WER WIR SIND UND WAS WIR TUN

Ihren Anfang nahm unsere Arbeit, als 2004 das Schiff *Cap Anamur* 37 Menschen aus Seenot rettete und infolgedessen der Kapitän und der Einsatzleiter wegen "Beihilfe zur unerlaubten Einwanderung" in Italien vor Gericht gestellt wurden. Während des fünfjährigen Prozesses wurde borderline-europe von den zwei Angeklagten und weiteren Aktivist*innen ins Leben gerufen.

Seit 2007 ist borderline-europe ein eingetragener Verein mit Sitz in Berlin und Nebenstellen in Lübeck, Palermo und Mytilini. Wir arbeiten größtenteils ehrenamtlich und projektfinanziert. Das Berliner Büro wird inzwischen durch drei, Palermo durch zwei und unser Schwesterverein "borderline-lesvos" mit einer bezahlten Stelle unterstützt. In Lübeck ist insbesondere unser Gründungsmitglied Kapitän Stefan Schmidt neben seiner Tätigkeit als Flüchtlingsbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein in unserem Namen aktiv. Ehrenamtliche Praktikant*innen und zahlreiche Aktivist*innen leisten einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag.

Seitdem recherchiert, dokumentiert und informiert ein stetig wachsendes, europaweites Netzwerk von Menschen über die Vorgänge an den europäischen Außengrenzen und leistet transnationale Vernetzungsarbeit. Wir erstellen Berichte, Analysen und Infomaterial und organisieren öffentliche Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen. Gemeinsam möchten wir so für ein aktives und kritisches politisches Bewusstsein sorgen, welches den Konsequenzen einer rassistischen und tödlichen Grenzpolitik entgegenwirkt und diese aktiv sabotiert.

Darüberhinaus leisten wir konkrete Unterstützungsarbeit und Einzelfallhilfe für diejenigen, die am unmittelbarsten von der europäischen Abschottungspolitik betroffen sind.

Das Jahr 2022

KAMPF GEGEN KRIMINALISIERUNG VON FLUCHT UND FLUCHTHILFE

An zahlreichen Orten an und innerhalb der Grenzen der Europäischen Union wird systematisch Straf-, Zivil- und Verwaltungsrecht eingesetzt, um Solidarität mit Flüchtenden zu kriminalisieren. Die im Fokus stehenden Handlungen reichen von der simplen Bereitstellung von Nahrung, Unterkunft oder Transport, über Monitoring- und Öffentlichkeitsarbeit bei Menschenrechtsverletzungen, Rechtsvertretung bis hin zu lebensrettenden Maßnahmen wie die der Seenotrettung. Auch im Jahr 2022 standen wir weiterhin Menschen und Gruppen zur Seite, die dafür kriminalisiert werden, dass sie sich für die Würde und Rechte von Menschen unabhängig von deren Aufenthaltsstauts einsetzen.

Wir arbeiten transnational mit Betroffenen zusammen und unterstützen diese bei der >> Vernetzung, Prozessvorbereitung, Fundraising für Rechtshilfekosten oder durch Kampagnenarbeit. Dazu zählen u.a. die <u>luventa-Crew</u> (mehr im Italien-Kapitel), gegen die nun seit knapp einem Jahr die Vorverhandlung in Trapani läuft, oder <u>Seán Binder, Sara Mardini und Nassos Karakitsos</u>, die gemeinsam mit zahlreichen weiteren Aktivist*innen auf Lesbos vor Gericht stehen und in deren Verfahren es nun seit Januar 2023 nun zumindest etwas Bewegung gibt; sie seither nicht mehr wegen den "Vergehen" angeklagt sind, jedoch weiterhin für die "Verbrechen", die ihnen vorgeworfen werden.

Der besondere Fokus und Schwerpunkt unserer Arbeit lag jedoch auch im Jahr 2022 weiterhin auf der benahe alltäglichen Praxis der Kriminalisierung und Inhaftierung von Nichteuropäer*innen, die mit denselben Anschuldigungen konfrontiert sind, jedoch weitaus weniger Aufmerksamkeit und Unterstützung erfahren. Seit Jahren werden unter dem Vorwand der "Schmuggelbekämpfung" Menschen systematisch dafür verhaftet, das Boot oder Auto gesteuert zu haben, mit dem sie sich und andere auf europäisches Territorium gebracht haben, und wegen "Beihilfe zur unerlaubten Einreise" zu langen Haftstrafen ver-



virteilt. Die meisten von ihnen werden unmittelbar nach ihrer Ankunft verhaftet und weggesperrt, ohne dass ihre Namen bekannt sind und ohne Zugang zu Unterstützung von außen. Unsere Schätzungen gehen davon aus, dass in Griechenland je ankommendem Boot mit Schutzsuchenden eine bis zwei Personen kriminalisiert werden. So ist es nicht verwunderlich, dass diese Menschen mit circa 2.000 Inhaftierten die zweitgrößte Gruppe der Gefängnisinsass*innen in Griechenland ausmachen. In Italien beläuft sich die Zahl derzeit auf knapp 1.000.

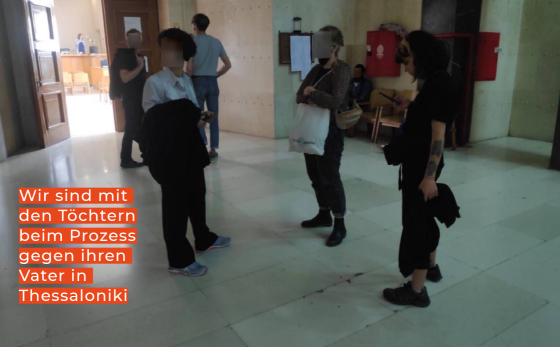
In Zusammenarbeit mit europaweiten Netzwerken und lokalen Organisationen und Aktivist*innen wie Can't Evict Solidarity, dem ARCI Porco Rosso in Sizilien, dem Legal Centre Lesvos auf Lesbos oder dem Human Rights Legal Project auf Samos in Griechenland haben wir versucht, möglichst >> viele solcher Fälle ausfindig zu machen, um den betroffenen Menschen >> Rechtsbeistand und weitere Unterstützung zu organisieren, z.B. in Form von Solidaritätskampagnen und Prozessbegleitung.

Anfang des Jahres arbeiteten wir intensiv an der >> Kampagne "Free the #Samos2". Wir hatten diese im November 2021, dem Jahrestag des Schiffsunglücks der #Samos2, gestartet. N. und Hasan, die #Samos2, die aus Afghanistan geflüchtet waren, wurden nach ihrer Ankunft auf der griechischen Insel Samos kriminalisiert. N., der auf der Überfahrt seinen Sohn verloren hatte, war in einem bisher beispiellosen Akt der Kriminalisierung wegen "Kindeswohlgefährdung" angeklagt worden, Hasan, weil er das Boot gesteuert hatte, wurde wegen "Beihilfe zur unerlaubten Einreise" angeklagt. Ihnen drohten 10 bzw. 230 Jahre + lebenslängliche Haft. Neben Rechtsvertretung und Prozessbegleitung organisierten wir eine >> europaweite Öffentlichkeitskampagne, veröffentlichten >> Kampagnenvideos, schrieben >> Artikel und >> organisierten Demos und Veranstaltungen. Am 18. Mai 2022 reisten wir zur Gerichtsverhandlung nach Samos, die von der Öffentlichkeit und den Medien mit großem Interesse verfolgt wurde. N. wurde freigesprochen und Hasan wurde zu 1 Jahr und 5 Monaten auf Bewährung verurteilt. Das Urteil war, verglichen mit anderen Urteilen von vergleichbaren "boat driver" Fällen der vergangen Jahre, außergwöhnlich mild. Das Gerichtsurteil war in erster Linie ein Sieg für die Angeklagten, aber auch für ihre Verteidigung und die gemeinsame Kampagne zahlreicher Gruppen und Organisationen aus ganz Europa und damit für den Anti-Kriminalisierung Kampf von Menschen auf der Flucht insgesamt.



Doch der Fall der #Samos2 war nicht der einzige, der uns im letzten Jahr beschäftigte. Wir haben viele weitere kriminalisierte Personen sowohl in Griechenland als auch Italien unterstützt. Dazu zählen u.a. die <u>#Paros3</u>, die im Mai auf Syros zu ingesamt 439 Jahren Haft verurteilt wurden, der Fall von <u>H. Sabetara</u>, einem Vater mit zwei Töchtern in Berlin, der diesen aus dem Iran nachfolgen wollte und im September in Thessaloniki zu 18 Jahren Haft verurteilt wurde oder der Fall von <u>Ahmad Jawid Mosa Zada</u>, einem aus Afghanistan geflohenen Richter, der in Locri in Sizilien dafür angeklagt wurde, das Boot gesteuert zu haben, indem er aus der Türkei angekommen war, und dem von <u>Sakik und Kercec</u>, die im Juni in Kalabrien in Italien zu jeweils 12 Jahren Haft verurteilt wurden.

Wir konnten unser >> transnationales Netzwerk weiter ausbauen, indem wir Kooperation mit neuen Anwält*innen aufgebaut haben, die nun Teil unseres Unterstützungsnetzwerkes sind. Außerdem sind wir seit ein paar Monaten Teil des PICUM-Netzwerkes, das die soziale Gerechtigkeit und die Wahrung der Menschenrechte von Schutzsuchenden ohne Papiere in Europa fördert.



>>> Neben der konkreten Einzelfallhilfe kämpfen wir auf politischer Ebene für das Ende der Kriminalisierung und der willkürlichen Anwendung von Anti-Schmuggel-Gesetzen: Wir erarbeiten >> Berichte, Analysen und Infomaterial, machen Öffentlichkeitsarbeit und organisieren Veranstaltungen und Kampagnen, wie die für die #Samos2.

In Italien setzten wir etwa das >> Projekt "From Sea to Prison. The Criminalization of Boat Drivers in Italy" fort, welches wir in Kooperation mit der sizilianischen Sans Papier Beratungsstelle ARCI Porco Rosso durchführen. Wir veröffentlichten vier Reports zu aktuellen Zahlen, Fällen und weiteren Hintergrundinformationen zur Kriminalisierung von aus Seenot geretteten Menschen, die als vermeintliche Schmuggler, sogenannte "scafisti", verhaftet werden. Ende des Jahres erschien unser >> Jahresbericht zur Kriminalisierung in Italien "As Long As You Can Still Listen: The Criminalization of Migrant Boat Drivers in 2022", der die Recherche und alle Informationen zum Jahr 2022 zusammenfasst

Desweiteren wurden wir zu zahlreichen >> Vorträgen und Diskussionen, wie etwa Veranstaltungen der <u>Seebrücke</u> oder <u>Migreurop</u> eingeladen, um über das Thema der Krimalisierung zu sprechen.

Für die Unterstützung von Menschen, die für das Steuern eines Bootes oder Autos mit Schutzsuchenden jahrelang ins Gefängnis müssen, haben wir eigens einen >> Solidaritätsfonds eingerichtet. Dieser wurde anfangs mit Geldern von Carola Rackete und Anne Weiss unterstützt, welche die gesamten Einnahmen ihres Buches "Handeln statt Hoffen" zu diesem Zwecke an uns spendeten. Nachdem sich dieser angesichts der zahlreichen Fälle schnell leerte, werden wir seit August 2022 mit Geldern von <u>United4Rescue</u> diesbezüglich unterstützt.

Falls ihr unsere Anti-Kriminalisierungsarbeit unterstützen möchtet, könnt ihr dafür auf betterplace für unser Projekt "Solidarisch gegen die Kriminalisierung von Flucht und Migration!" spenden.



ITALIEN UND DAS ZENTRALE MITTELMEER

Seit 14 Jahren beobachten und recherchieren wir in unserer Außenstelle in Palermo auf Sizilien die europäische Migrationspolitik und deren Folgen aus unmittelbarer Nähe. Zu Anfang letzten Jahres ist unser Team gewachsen und besteht seither aus zwei Hauptamtlichen und jeweils zwei Praktikant*innen sowie Freiwilligen, ohne deren bedeutenden Einsatz unsere Arbeit nicht möglich wäre. Unser Ziel ist es, die meist katastrophalen Umstände für Menschen auf der Flucht und für Migrant*innen in Italien zu dokumentieren und gemeinsam mit unserem Netzwerk zu intervenieren. Dabei setzen wir seit vielen Jahren auf enge Kooperationen mit Gruppen, die vor Ort aktiv sind. Insbesondere die Zusammenarbeit mit unserem Schwesterverein Borderline Sicilia, der Beratungsstelle für undokumentierte Geflüchtete Arci Porco Rosso und dem Verbund des antirassistischen Forums Palermo sind fundamental für unsere Arbeit. Zudem arbeiten wir eng mit dem transnationalen Netzwerk Alarm Phone sowie Akteur*innen der zivilen Seenotrettung zusammen.

Besonders für unsere >> regelmäßig erscheinenden Publikationen, in denen wir auf die Situation entlang der Fluchtrouten auf See und an Land aufmerksam machen, ist diese Zusammenarbeit von Bedeutung. Die monatlich erscheinende >> Central Med Info informiert über alle Aktivitäten auf dem zentralen Mittelmeer, weiterhin eine der tödlichsten Fluchtrouten der Welt. Dank dem Einsatz ziviler Seenotretter*innen, die die lebensnotwendigen Aufgaben übernehmen, denen sich der Staat verweigert, können viele Tragödien verhindert werden. Dennoch sterben täglich Menschen bei dem Versuch, Italien zu erreichen oder werden unter massiver Gewaltanwendung zurückgedrängt an die Orte, aus denen sie fliehen. Seit dem Regierungswechsel im September 2022 wird zivilen Akteur*innen die Arbeit zusätzlich erschwert. Die Kooperationen mit Herkunfts- und Transitländern zur vermeintlichen Bekämpfung der Migration werden ausgebaut. So versucht ein Ende des Jahres 2022 eingeführtes Dekret der italienischen Regierung, die zivile Seenotrettung massiv einzuschränken. Die Konsequenz: noch mehr Menschen verlieren ihr Leben auf der Flucht. Gerade jetzt ist es von immenser Wichtigkeit, regelmäßig auf die Zustände aufmerksam zu machen und eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen.

Doch das feindliche Vorgehen gegen zivile Akteur*innen besteht nicht erst seit der postfaschistischen Regierung unter Giorgia Meloni. Systematische Festsetzungen von Schiffen, das menschenfeindliche Memorandum zwischen Italien und Libyen und ein Verhaltenskodex für zivile Seenotrettungsschiffe wurden auch von sogenannten demokratischen Regierung entwickelt oder mitgetragen. Gemeinsam mit Pro Asyl und dem Alarm Phone veröffentlichten wir ein >> Statement zu einem Fall der Nichtrettung von Geflüchteten im Jahr 2013 und dem erfolgten Gerichtsurteil.

Die Haltung gegenüber zivilen Seenotretter*innen spiegelte sich im letzten Jahr besonders in dem politisch motivierten Prozessauftakt gegen vier Besatzungsmitglieder des deutschen zivilen Rettungsschiffes luventa wieder, die von 2014 bis 2017 rund 14.000 Menschen im zentralen Mittelmeer rettete. Die <u>luventa</u> wurde im August 2017 in Lampedusa beschlagnahmt und nach Trapani überführt, wo sie bis heute liegt. In einem vom italienischen Staat angestrebten Prozess wegen "Beihilfe zur unerlaubten Einreise" sind neben den vier Crewmitgliedern der luventa auch Mitarbeiter der Organisationen Save the Children und MSF (Ärzte ohne Grenzen) von den Anschuldigungen betroffen. Im Mai 2022 kam es zu der ersten Vorverhandlung in Trapani und im Laufe des Jahres 2022 zu weiteren Anhörungen, die durch zahlreiche Verfahrensfehler und mangelhafte oder fehlende Übersetzungsleistungen ein erhebliches Defizit an Rechtsstaatlichkeit aufwiesen. Für die erste Anhörung organisierten wir gemeinsam mit unserem Netzwerk vor Ort >> in Trapani eine Solidaritätskundgebung, und setzten ein deutliches Zeichen der Solidarität und des Widerstandes setzen.

Das Vorgehen rund um die Ermittlungen sowie der Prozess selbst sind nicht nur eine symbolische Botschaft der Abschreckung an zivile Akteur*innen, sie verfolgen auch das Ziel, ein Netzwerk zu diskreditieren und zu diffamieren.

Die politische und juristische Kriminalisierung beschränkt sich jedoch nicht nur auf Akte der Solidarität mit Migrant*innen, sondern betrifft in erster Linie Schutzsuchende selbst. Auch in Italien suchen die Behörden für fast jedes ankommende Boot suchen vermeintliche Verantwortliche, die des Schmuggels beschuldigt und



>>> zumeist direkt bei der Ankunft verhaftet werden. Im letzten Jahr haben wir gemeinsam mit Arci Porco Rosso und Borderline Sicilia in dem >> Projekt "From Sea to Prison" intensiv zu diesem Thema gearbeitet (Mehr dazu im Kapitel Kriminalisierung).

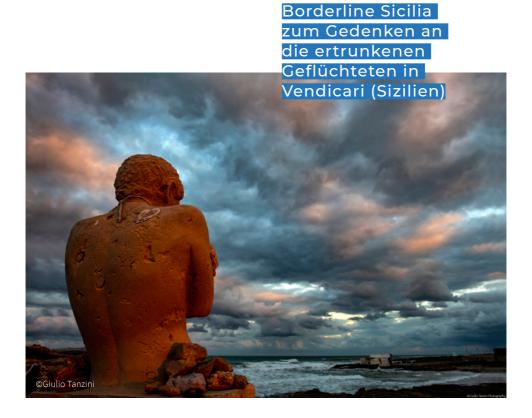
Die Probleme, denen sich Geflüchtete und Migrant*innen an Land ausgesetzt sehen, erhalten noch viel weniger Aufmerksamkeit. Menschenunwürdige Massenaufnahmeeinrichtungen, Gewalt in Abschiebungszentren und ausbeuterische Saisonarbeit, dies sind nur einige der Probleme. In unserer zweiwöchentlichen Veröffentlichung, dem >> "Scirocco" (Name eines heißen Windes, der aus der Sahara regelmäßig über das Mittelmeer nach Italien weht), widmen wir uns diesen und weiteren Themen und analysieren die migrationspolitischen Entwicklungen im Land. Eines der strukturellen Probleme, mit denen sich Asylsuchende auseinandersetzen müssen, ist z.B. die Dublin-II Regulierung. Etliche Personen sind wegen dieser europäischen Verordnung gezwungen, das neue Leben, das sie sich in einem EU Staat aufgebaut haben oder aufbauen wollten, aufzugeben. Aus bürokratischen Gründen werden sie gezwungen, in das EU-Land zurückzukehren, in das sie zuerst eingereist sind. Für viele bedeutet das die Rückkehr in die Obdachlosigkeit oder andere höchst prekäre Lebenssituationen. In der >> Veröffentlichung "Privat statt Staat" vom Februar 2022 sprechen wir über die Umstände für die Betroffenen. Unsere Zeugnisse konnten in Deutschland glücklicherweise gerichtlich genutzt werden, um in Einzelfällen Rücküberstellungen nach Italien zu verhindern. Seit einigen Jahren arbeiten wir auch gemeinsam mit der Schweizerischen Flüchtlingshilfe an Berichten zu Italien. So haben wir im Jahr 2022 an einem >> Bericht zu Aufnahmebedingungen in Italien für Personen mit psychischen Problemen mitgewirkt. Doch nicht nur mit unseren Publikationen, auch mit >> Veranstaltungen, Pressegesprächen und Vorträgen übermitteln wir Informationen zur Lebenssituation von Geflüchteten in Italien und im Speziellen auf Sizilien. Ein Vortrag bei der Seebrücke in Konstanz gehörte genauso dazu wie das Treffen mit einer Studierendengruppe der Boston University und einer Kirchengruppe aus Deutschland in Palermo.

Eine Aktion, die "commemoraction", zum Gedenken derer, die aufgrund der Grenzen und der Abschottung auf der Flucht gestorben oder verschwunden sind, wurde am 6. Februar 2022 an einem der Hauptplätze Palermos abgehalten. Das symbolische Datum des 6. Februar erinnert an das Massaker von Tarajal

>>> im Jahr 2014, bei dem die spanische Guardia Civil mit Gummigeschossen auf Flüchtende schoss, die versuchten, die spanische Küste zu erreichen. Es ist nur eines unter vielen wählbaren Daten, an denen die Festung Europa Tote forderte.

Zu diesen und vielen anderen Themen hat borderline-europe Sizilien in 2022 gearbeitet. Alles ist nachzulesen auf unserer Homepage unter Projekte: <u>Italien</u>, <u>Geflüchtete in Sizilien</u>, <u>Central Med Info 2.0</u> und <u>Kriminalisierung von Migration und Solidarität</u>.

Statue von





CENTRAL MEDITERRANEAN INFO



EXTERNALISIERUNG DER EU-AUSSENGRENZEN

Die Europäische Union militarisiert und rüstet ihre Grenzen immer mehr auf. Zusätzlich erweist sie sich als treibender Motor, wenn es darum geht, Rechtsverletzungen über die eigenen Grenzen hinaus in Drittstaaten durchzusetzen bzw. dorthin "auszulagern". Verträge und Abkommen mit Serbien, Montenegro, Tunesien, Libyen, der Türkei, Algerien, Marokko, dem Sudan, Ägypten und weiteren Herkunfts- und Transitländern sollen dazu dienen, Menschen schon vor Erreichen europäischen Territoriums von der Weiterreise abzuhalten. Durch diese Politik der Externalisierung wird die Festung Europa auf Drittstaaten ausgeweitet; nationalstaatliche und europäische Rechtsprechung sowie Menschenrechtsverpflichtungen so umgangen. Dem Prinzip nach "aus den Augen, aus dem Sinn" sollen Menschenrechtsverletzung so dem Blick und der Kontrolle der europäischen Zivilgesellschaft entzogen werden.

Damit dieses Kalkül europäischer Regierungen nicht aufgeht, liegt ein weiterer Fokus unserer Arbeit darauf, auf die Rolle und Verantwortung der EU und ihrer Behörden außerhalb Europas und die damit verbundenen Auswirkungen auf migrierende Menschen aufmerksam zu machen und darüber aufzuklären.

Dafür bauen wir unsere >> Vernetzung, Austausch und Kooperation mit Menschen, Aktivist*innen und Organisationen vor Ort stetig weiter aus. Über das Institut für Auslandsbeziehung (ifa) werden uns regelmäßig Praktikant*innen von Organisationen aus verschiedenen afrikanischen Ländern vermittelt. Der Putsch des Militärs im Sudan beendete in diesem Kontext 2021 die Arbeit unserer Remote-Stipendiatin aus Karthoum, die eigentlich eine Studie zur Lage von Menschen auf der Flucht im Sudan anfertigen wollte. Das Internet wurde abgeschaltet, NGOs geschlossen und die Forschung auf Eis gelegt. Der Schock saß tief, die Enttäuschung der Zivilgesellschaft über die verlorene Revolution war groß. Bei Protesten wurden Menschen auf der Straße getötet, Menschenrechtsaktivist*innen wurden verhaftet. Für unsere Praktikantin sowie eine weitere Aktivistin konnten wir 2022 einen sogenannten >> Schutzaufenthalt für Mentschenrechtsverteidiger*innen organisieren, dass diese aus Karthum nach Berlin kommen und ihre Arbeit hier weiterführen konnten.



Entsprechend lag im Jahr 2022 lag der Fokus unserer Arbeit insgesamt auf der Situation im Sudan. Das El-Bashir-Regime im Sudan war einer der willigsten Helfer der Europäischen Union. Die Revolution hat ihn schließlich im April 2019 hinweggefegt. Doch die alten Akteur*innen sind immer noch im Hintergrund und haben im Oktober 2021 durch einen Militärputsch brutal die Macht zurückerobert. Auf unserer diesjährigen >> Externalisierungskonferenz "Gatekeepers of the European Union: Sudan after El-Bashir" im Juni 2022 diskutierten wir die Situation für Geflüchtete und Migrant*innen in der Region. Es sprachen die Journalistin Sara Creta und der Rechtsanwalt Yasir Masoud vom Sudanesischen Netzwerk für sichere Migration und Bekämpfung des Menschenhandels. Die Aufzeichnung der Diskussion ist online auf unserem YouTube-Kanal verfügbar.

>>> Im Nachgang zur Veranstaltung veröffentlichen wir die gleichnamige >> <u>Broschüre</u> "Gatekeepers of the European Union: Sudan after El-Bashir" mit Beiträgen von Sara Creta, Yasir Masoud und einem Interview mit Ibrahim Izzeldeen von Sudan Uprising Germany.

Der Austausch mit dem Africa Center for Justice and Peace Research mündete in ein >> gemeinsames Projekt zum Verschwindenlassen von Personen. Im Jahr 2023 werden wir die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit dem UN-Menschenrechtsrat und dem UN-Ausschuss zum Schutz von Menschen vor dem Verschwindenlassen (CED) prüfen. Dieser Ausschuss wurde gegründet, um das gewaltsame Verschwindenlassen von Menschenrechtsverteidiger*innen und Zivilist*innen durch Milizen und Sicherheitskräfte zu überwachen. Im April 2022 nahm der CED auch das Verschwindenlassen von Migrant*innen und Geflüchteten in seine Berichte und Urgent Actions auf. Dies eröffnet eine neue Möglichkeit, Staaten für Pushbacks zur Verantwortung zu ziehen.

Wir unterstützen weiterhin >> Radio Koode in Nigeria, das seine Korrespondent*innen zu Menschenrechtsverletzungen entlang der Migrationsrouten in der Sahelzone und der Sahara schult. Die Arbeit wird für Medienschaffende immer gefährlicher. Manchmal können sie aufgrund von Korruption an den Grenzkontrollstellen, Bedrohungen durch terroristische Organisationen und anderen kriminellen Aktivitäten nicht einmal an die Orte reisen. Die Freiheit der Medienschaffenden steht nicht nur in der Sahara/Sahelzone auf dem Spiel, sondern auch in vielen anderen Ländern, die an die Europäische Union angrenzen. Dies wird das Thema der nächsten Externalisierungskonferenz 2023 sein.

Gatekeepers of the European Union

Sudan after El-Bashir



GRIECHENLAND, LESBOS UND DIE ÄGÄIS

Die politischen Rahmenbedingungen vor Ort sind schwieriger als je zuvor. Weiterhin müssen viele Geflüchtete die gefährliche Überfahrt auf Schlauchbooten aus der Türkei in Kauf nehmen, da es keine sicheren Fluchtwege gibt. Im Jahr 2022 sind ca. 13.000 Geflüchtete über den Seeweg nach Griechenland gekommen, davon mehr als ein Drittel direkt nach Lesbos. Allein auf Lesbos wurden 30 tote Menschen an den Küsten angespült. Immer weniger Menschen erreichen Griechenland aufgrund der Pushbacks überhaupt noch. Viele Familien werden auseinander gerissen, wenn sie auf einer Insel ankommen und einige von ihnen von mafiaähnlichen Spezialeinheiten der griechischen Regierung illegal und unter Anwendung von Gewalt in türkische Gewässer zurückgebracht werden, während es andere ins Camp schaffen und dort einen Asylantrag stellen. Die illegalen **Pushbacks** sind allgegenwärtig, sehr brutal und lebensbedrohlich und sie passieren jeden Tag. Und die, die es doch schaffen, müssen in weiterhin unmenschlichen und entwürdigengen Bedingungen ausharren.

Im neuen Camp Mavrovouni leben ca. 2000 Menschen. Offiziell heißt es, die neuen Camps seien viel besser ausgestattet, haben Container anstatt Zelte. Es wird jedoch nicht gesagt, dass es nicht rund um die Uhr Stromversorung und damit auch nicht durchgehend Heizung und fließend Wasser gibt; dass Ärzt*innen nur wenige Stunden am Tag vor Ort sind und nur Notfälle behandeln, und die Essensversorgung außerdem unzureichen ist. Durch die Einstufung der Türkei als sicherer Drittstaat finden sich viele Geflüchtete in monatelangen Verfahren ohne Erlaubnis, die Insel oder das Camp verlassen zu dürfen. Journalist*innen haben keinen Zugang mehr. Ein neues Camp ist im Bau, weit weit weg, welches es den Menschen unmöglich machen wird in die Stadt und somit Hilfe zu erreichen. Die schrittweise Errichtung der sogenannten "Closed Controlled Access Centers" auf Lesbos sowie den ägäischen Inseln Samos, Kos, Chios und Leros mit den dahinterstehenden Interessen der Isolierung, Einschüchterung und Kontrolle von Geflüchteten sowie allen voran ihrer vereinfachten Abschiebung war neben den Pushbacks im Jahr 2022 ein zentrales Thema für uns. Denn während die Ägäis-Insel wegen des abgebrannten Lagers Morias und den über Nacht obdachlos gewordenen Menschen im September 2020 noch im Zentrum der medialen



und politischen Aufmerksamkeit in Deutschland und der EU stand, setzen sich seit der Abreise der Kamerateams die gewaltvollen Praktiken gegenüber flüchtenden Menschen fort.

Eine freie Berichterstattung sowie die Unterstützung von Einzelpersonen ist weiterhin nur noch unter starken Einschränkungen möglich, da auch zivile Hilfsorganisationen und Journalist*innen von starken Einschüchterungs- und Repressionsmaßnahmen der griechischen Regierung betroffen sind. Wenn alle offiziellen Kanäle der griechischen Regierung und auch der Europäischen Kommission verkünden: "Wir achten die Menschenrechte", fühlt sich das an wie ein Schlag ins Gesicht für die, die wissen, was hier mit Steuergeldern an den schwer militarisierten Außengrenzen passiert.

Entsprechend stand insbesondere die >> Öffentlichkeitsarbeit im Fokus unserer Arbeit, um den Lügen der Behörden etwas entgegenzusetzen. Wir haben zahlreiche >> Interviews gegeben und angefangen uns >> stärker zu vernetzen, um der Kriminalisierung der Helfenden vor Ort etwas Wind aus den Segeln zu nehmen.

Um die Realität vor Ort einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, haben wir diverse >> Informations- und Diskussionveranstaltungen organisiert. Im Juli widmeten wir uns mit der >> Paneldiskussion "Detention camps on the Greek islands: A "new era" in EU migration policy?" den neu errichteten bzw. teils noch geplanten "Closed Controlled Access Centres". Trotz der menschenfeindlichen und gefängnisartigen Zustände sind diese in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Unsere Gäst*innen, Daphne Tolis (freie Journalistin), Athina Ntavasili (Anwältin bei Equal Rights Beyond Borders auf Kos) und Karl Kopp (Pro Asyl) gaben den Teilnehmenden Einblicke in die komplexen Menschenrechtsverletzungen im Kontext der EU-finanzierten Haftlager. Sie vermittelten durch Zitate von Camp-Bewohner*innen und Fotografien des Lagers ein eindrückliches Bild über die repressiven Verhältnisse: Bewohner*innen dürfen die mit Stacheldraht abgeriegelten Lager nur zu bestimmten Uhrzeiten verlassen, Polizist*innen und privates Sicherheitspersonal patrouilliert um das Gelände, das rund um die Uhr videoüberwacht wird und der Zugang von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Medien ist äußerst beschränkt. Die Internierungspraktiken sind ein eindeutiges Zeugnis einer zunehmdenden europäischen Externalisierungspolitik mit Investitionen in Abschottung und Militarisierung der Außengrenzen, der die EU-Kommission 2020 im Rahmen des Neuen Migrations- und Asylpakets auch weiter den Weg bereitete. Die Aufzeichnung der Diskussion ist online auf unserem YouTube-Kanal verfügbar.

Einen differenzierten Blick auf die politische und soziale Situation speziell auf Lesbos bot unsere >> Veranstaltung "2 Jahre nach Moria - Rechtlosigkeit, Einschüchterung und Kriminalisierung auf Lesbos". Alice und Hamid von borderline-lesvos berichteten uns von den Entwicklungen vor Ort und den zunehmenden Schwierigkeiten ihrer eigenen Arbeit. Auf beiden Veranstaltungen diskutierten wir zusammen mit dem Publikum Möglichkeiten des solidarischen Handelns und zivilen Widerstands angesichts der repressiven Entwicklungen.

Wie bereits 2021 haben wir auch im Jahr 2022 außerdem unsere >> mobile Ausstellung "Warum #LeaveNoOneBehind? Die Zustände auf den griechischen Inseln und die europäische Abschreckungspolitik" wieder an verschiedenen Orten in und um Berlin gezeigt. Die Ausstellung behandelt am Beispiel der Lager Moria und Kara Tepe auf Lesbos die gewaltvolle Situation an den EU-Außengrenzen mit Bildern, Illustrationen und kurzen Texten und





>>>

ist in Kollaboration mit der selbstorganisierten Gruppe Moria 2.0/Kara Tepe und dem Dunya Kollektiv entstanden, die mit Bildern aus dem Camp und Illustrationen beigetragen haben. Dabei beleuchten wir nicht nur die Situation in den Lagern und zeigen auf, welcher räumlichen, sozialen und legalen Abschottung die Bewohner:innen des alten Camp Moria ausgesetzt waren. Mit ergänzenden Artikeln zu den neuen geschlossenen Lagern und deren Folgen für Bewohner*innen haben wir die Ausstellung ergänzt. Die Ausstellung thematisiert darüber hinaus übergeordnet, welches politische Kalkül hinter den Lagern steht und was getan werden kann, um den Druck auf politische Entscheidungsträger*innen zu erhöhen, die EU-Abschottungsspolitik endlich zu beenden. Anfang des Jahres waren wir mit der Ausstellung erneut zu Besuch in einer Berliner Schule und diskutierten mit den Schüler*innen unter anderem die Frage, was die Bilder von den europäischen Außengrenzen mit uns zu tun haben. Außerdem machte die Ausstellung im Sommer Halt an einem Quartiersmarktplatz mitten in Berlin, einem kleinen Kultur-Festival in Brandenburg und einer politischen Soli-Veranstaltung in Lichtenberg. Mit interessierten Besucher*innen tauschten wir uns dabei über das Ausmaß des rassistischen Grenzregimes und zu Alternativen einer solidarischeren Migrationspolitik aus.



Nach wie vor sind wir >> vor Ort auf Lesbos aktiv, wo wir unser Welcome Office in Mytilini für die konkrete Unterstützung von Menschen auf der Flucht betreiben. Wir versuchen hier, eine Transitunterstützung auf dem Weg zu einem besseren Leben sein. Wir können Information und Orientierung geben, eine Pause aus dem harten Lagerleben schaffen. Bei unserer Sozialberatung konnten wir 2022 mehr als 2800 Besucher*innen verzeichnen. Hauptsächlich begleiteten wir diese zu Behörden und standen mit Expertise im Bürokratiedschungel von Mytilini zur Seite. Außerdem gibt es einen Umsonstladen für Kleidung und ein Wohnungsprojekt für geflüchtete Familien. Im Jahr 2022 haben wir zeitgleich bis zu acht Wohnungen für insgesamt 18 Familien und drei alleinstehende Menschen gemietet; insgesamt konnten so 88 Individuen zeitweise eine Wohnung in der Stadt beziehen. Desweiteren haben wir insgesamt 70 Familien bei den Kosten für Lebensmittel, Passgebühren und der Weiterreise von Lesbos unterstützt. Nach monatelangem Warten innerhalb der Asylverfahren haben Geflüchtete, die endlich als solche anerkannt werden, oft keinerlei finanzielle Mittel mehr, um das Camp zu verlassen. Eine staatliche Unterstützung gibt es außerhalb der Camps nicht, da die Camps nur für Asylbewerber*innen gedacht sind. Aber wir sehen, wie schwierig es ist, hier eine langfristige Lösung aufzubauen. Es gibt kaum Arbeit vor Ort und Familien mit oder ohne Anerkennung als Geflüchtete können hier auf lange Zeit kaum überleben.

"Solidarity instead of Charity!"

Das Welcome Office ist >> Raum für sieben größtenteils von Geflüchteten selbst organisierte Gruppen, mit denen wir eng kooperieren. Dieser Teil unserer Arbeit ist uns besonders wichtig, denn die Geflüchteten vor Ort wissen sehr gut, wie sie sich helfen können, sie warten nicht auf Sozialarbeiter*innen oder Psycholog*innen (von denen es hier sehr viele gibt), nur haben sie oft nicht die Mittel, sich zu organisieren. Den Menschen ein wenig Kontrolle, Verantwortung und Gestaltung ihres Lebens hier zu zurück zu geben ist die Basis für eine "Hilfe" auf Augenhöhe. Zu den Gruppen, mit denen wir in dem Zusammenhang gearbeitet haben gehören unter anderen "WISH", ein Frauenkollektiv, eine Theatergruppe "Boat Theatre", eine LGBTIQ-Unterstützer*innen Gruppe und die Moria White Helmets, die im Camp viel organisieren.

>>> Mit unserem >> <u>Warehouse im Norden der Insel</u> konnten wir außerdem 17 Transporte zum Camp organisieren um die Menschen mit zusätzlicher

Kleidung zu versorgen. Weiterhin gilt dieser Ort im Norden auch als "letzte Warte" im Beobachten, was an der Küste passiert, wenn dort Menschen ankommen. Einen ausführlichen Bericht unserer Arbeit vor Ort in Lesbos in 2022 findet ihr in englischer Sprache auf der Website von <u>borderline-lesvos</u>.

Außerdem haben wir zahlreiche Fälle von >> Kriminalisierung auf Lesbos und zahlreichen weiteren Orten in Griechenland begleitet und unterstützt (mehr dazu im Kapitel Kriminalisierung).

Wir möchten uns bei allen für die Unterstützung und das Vertrauen in unsere Arbeit vor Ort bedanken. Wir schätzen den gemeinsamen Versuch, mit und für die gestrandeten Geflüchteten auf Lesbos das Leben vor Ort etwas menschlicher zu gestalten. Es ist bitter nötig!



nach der Ankunft in Lesbos 2022

RELOCATION

Ein in der europäischen Migrationspolitik zunehmend an Bedeutung gewinnendes Thema ist die Frage nach der **Umverteilung von Schutzsuchenden alias "Relocation"**. Nachdem wir im Frühjahr 2021 den **>> Bericht** "EU ad hoc Relocation - A Lottery from the Sea to the Hotspots and back to unsafety" in Zusammenarbeit mit Sea Watch, Equal Rights Beyond Borders und dem Flüchtlingsrat Berlin veröffentlichten, konnten wir das Projekt dank der Unterstützung der Safe Passage Foundation auch im Jahr 2022 fortführen.

Der erste Bericht fokussierte sich auf die Umverteilungsvereinbarungen, die nach Seenotrettungseinsätzen zwischen EU-Staaten auf Kosten der Betroffenen geführt wurden. Dabei klagten wir unter anderem den Mangel an Informationen, Transparenz und die unerträglich langen Wartezeiten an, was nicht nur zu einer drastischen Verschlechterung der psychischen Verfassung vieler Betroffener führte, sondern auch negative Auswirkung auf ihr Asylgesuch hatte: Gut 80% der nach Deutschland umverteilten Personen erhielten in Folge der Relocation einen Ablehnungsbescheid.

Noch während der ersten Projektphase wurde im Vorschlag für das neue europäische Asyl- und Migrationspaket ein verstärkter Fokus auf Relocation als Teil des **sogenannten europäischen "Solidaritätsmechanismus"** vorgeschlagen. Ebenso erklärte die neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag, die Intention verstärkt auf Umverteilung zu setzen. Doch die Implikationen des Verfahrens und die Probleme bei der konkreten Umsetzung wurden weder politisch angesprochen noch wahrgenommen.

Dementsprechend war es unser Ziel im vergangenen Jahr, verstärkt auf die Konsequenzen und Problematiken im Relocation-Mechanismus aufmerksam zu machen. Durch die >> Übersetzung des Berichtes ins Deutsche und eine Kurzversion konnten wir vor allem auf kommunaler und Landesebene Politiker*innen für das Thema sensibilisieren.

Zu Beginn 2022 beleuchteten wir die Frage nach der Umverteilung in der >> **Podiumsdiskussion** "Relocation - the European solution for refugees?", in der

diverse Perspektiven zum Tragen kamen. Betroffene und andere Expert*innen berichteten von den politischen, rechtlichen und sozialen Dimensionen des Verfahren und weiteten den Blick auch auf Kontexte außerhalb der Seenotrettung aus. Besonders geprägt haben uns die Darstellungen von Peter, der kurze Zeit nach seiner Umverteilung nach Deutschland nach Nigeria abgeschoben wurde - das Land, aus dem er floh, weil er dort verfolgt und bedroht wurde. Er teilte die Erfahrungen seiner prekären und gefährlichen Lebenssituation mit den Zuhörer*innen und stellte eindeutige Forderungen an europäische Entscheidungsträger*innen, allen voran: Keine Umverteilung ohne Bleibeperspektive!

Andere Weggefährt*innen von Peter, die von einer Abschiebung bedroht sind, sich jedoch noch in Deutschland befinden, haben sich nach ihrer Ablehnung organisiert, um, auch mit unserer Unterstützung, öffentlichkeitswirksam auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Bei dem Protest im März vergangenen Jahres in Potsdam äußerte beispielsweise Sylvester, der erst viele Monate nach seiner traumatischen Rettung im Mittelmeer nach Deutschland gebracht wurde, wo sein Asylantrag schließlich abgelehnt wurde: "Ich weiß nicht wie es für euch ist. aber für mich ist Potsdam nicht sicher".



Peter O. wurde nach der Umverteilung nach Deutschland nach Nigeria abgeschoben.

>>>

Im September 2022, anlässlich des zweiten Jahrestags des Feuers in Moria, veröffentlichten wir einen weiteren >> Report "Relocation von Griechenland nach Deutschland: Entlastung des Hotspot-Systems oder Alibi-Politik?", der die Umverteilung der Menschen aus dem Lager in Moria untersuchte. Über drei Bundesaufnahmeprogramme wurden verschiedene Personengruppen nach Deutschland verteilt. Das Auswahlkriterium lag in den meisten Fällen vor allem in der vermeintlichen Vulnerabilität der Ausgewählten. Die Programme richteten sich lediglich an unbegleitete Minderjährige, Familien mit behandlungsbedürftigen Kindern und Personen, deren Schutzstatus bereits anerkannt wurde. Auch hier konnten wir mit Betroffenen sprechen und unter anderem die Perspektive der Familie von Baran und Amira erfahren, die nach ihrer Ankunft in Deutschland ebenfalls einen Negativbescheid erhielten: "Das Gute an Afghanistan ist, dass sie dich in einer Sekunde töten. Aber hier dauert es seine Zeit, bis du stirbst. Auch diese Unentschlossenheit und nicht zu wissen, was morgen passieren wird, ist wirklich verletzend" - so Baran.

Die Parallelen zwischen den beiden Studien liegen eindeutig in der psychischen Belastung, die Menschen durch die Umverteilung erleben, das Spiel mit Hoffnung und Enttäuschung retraumatisiert vor allem Menschen, die nach vielen Grenzerfahrungen dringend physische und mentale Sicherheit benötigen.

Unter den vergangenen EU-Ratspräsidentschaften wurden im vergangenen Jahr diverse Schritte eingeleitet, um die Pläne für zunehmende Relocation-Vereinbarungen aus dem Vorschlag des Jahres 2020 schrittweise umzusetzen. In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise Ende August eine Gruppe Personen aus einer Aufnahmestruktur in der italienischen Stadt Bari nach Deutschland umverteilt. Spätestens mit dem Regierungswechsel in Italien ist das Thema zudem wieder präsenter denn je. Erneut wird es im Zusammenhang mit der Seenotrettung von Regierungsseite instrumentalisiert und als Druckmittel eingesetzt, um den Zugang zu sicheren Häfen zu verweigern.

Wohin diese Strategien führen werden, bleibt abzuwarten. In jedem Fall hat sich durch die Erfahrung mit den verschiedenen Relocation-Programmen eines deutlich gezeigt: Relocation ist Ausdruck eines politischen Kräftemessens, in dem das Wohlbefinden von Schutzsuchenden keine Berücksichtigung findet.

INITIATIVE: STOP DEPORTATION CENTRE BER!

Das brandenburgische Innenministerium hat angekündigt, bis 2025 ein sogenanntes "Ein- und Ausreisezentrum am Flughafen BER" in Schönefeld zu errichten. Damit will die Regierung ein Pilotprojekt zur Beschleunigung und Ausweitung von restriktiven Asylverfahren und Abschiebungen etablieren. Der Bau soll auf einer Fläche von vier Hektar im Jahr 2023 beginnen und ein Ankunfts-, Transit-, Gewahrsams- und Rückführungsgebäude umfassen. Abschiebungen sollen "effizienter" und schneller durchgeführt werden – mit allen Institutionen, die dafür nötig sind, von der Ausländerbehörde bis zum Gericht.



politischen Versagen in den Weg stellt und ein bedingungsloses Bleiberecht und Bewegungsfreiheit für alle fordert, anstatt Milliarden in eine menschenfeindliche Politik zu investieren. Im vergangenen Jahr hat die Initiative mit >> vielfältigen Protesten und Aktionen

Die Initiative
"Stop deportation
center BER"
ruft zum
Widerstand auf.

die rassistische und neokoloniale Logik und Brutalität dieses Projekts angeprangert und die verantwortlichen Politiker*innen wiederholt aufgefordert, die Finanzierung des Abschiebezentrums aus dem Haushalt zu streichen. Für die Initiative steht fest, dass sie so lange gegen das Abschiebezentrum am Flughafen BER kämpfen werden, bis die Pläne gestoppt werden!

Nach dieser perfiden Logik funktioniert auch das neue Migrationspaket der Ampelregierung: Die Verfahrensrechte von Asylsuchenden werden massiv eingeschränkt, Rückführungsoffensiven geplant und sogar ein Abschiebebeauftragter benannt

Wir sind Teil der >> Initiative "Stop

Deportation Centre BER!" gegen das geplante Abschiebezentrum, die sich dem

SOLIDARITY WITH REFUGEES IN LIBYA

Die willkürliche und gewaltsam Räumung des migrantischen Stadtteils Gargaresh in Tripolis war im Oktober 2021 der Ausgangspunkt für die Gründung der >> Protestbewegung "Refugees in Libya". People on the move gingen zu Tausenden auf die Straße und protestierten vor dem Büro des UNHCR Libyen gegen unerträgliche Lebensbedingungen und für die Einhaltung von Rechten. Sie errichteten ein selbstorganisiertes Protestcamp mit einer gemeinsamen Küche, Übersetzungen und Kinderbetreuung und organisierten sich für die politische Arbeit. Gemeinsam verfassten sie ein Manifest mit Forderungen, die sie dem UNHCR übergaben. Unter anderem fordern sie darin die Evakuierung aller Schutzsuchenden aus Libyen, die Abschaffung der sogenannten libyschen Küstenwache und ein Ende der Straffreiheit für Verbrechen an Migrant*innen in Libyen. Die Proteste dokumentierten und begleiteten sie intensiv auf Social Media. Nach über 100 Tagen friedlichen Protestes wurde das Camp im Januar 2022 brutal, unter Einsatz von Schusswaffen und Gewalt durch libysche Sicherheitskräfte, geräumt.

"Refugees in Libya" als selbstorganisierte Protestbewegung von people on the move, die unter den schwierigsten Bedingungen in Tripolis ihren Anfang nahm, bildet inzwischen Netzwerke über die ganze Welt. Die Aktivist*innen sind in der Position, Europäer*innen die tödlichen Auswirkungen des europäischen Grenzregimes unmittelbar vor Augen führen zu können. Trotz aller Repressionen haben die "Refugees in Libya" es geschafft, ihre Stimmen zu erheben und uns einen Einblick zu gewähren in die Blackbox, die die libyschen Haftlager vorher gewesen waren. Die friedliche, demokratische Protestbewegung zeigt, wie Utopien auch unter den repressivsten Bedingungen gelebt werden können, und fordert uns in Europa dazu auf, die Stimmen der "Refugees in Libya" zu verstärken und ihre Forderungen zu unseren zu machen.

Noch im Oktober 2021 bildete sich in Europa eine >> Gruppe, die sich solidarisch mit den Protestierenden in Libyen erklärte. Beteiligt sind große und kleine NGOs aus ganz Europa, Nordafrika und darüber hinaus, afrikanische Diaspora-Organisationen, solidarische Kleingruppen und Einzelpersonen.



borderline-europe ist seit Januar 2022 Teil davon. Die Allianz gab sich den Namen "Solidarity with Refugees in Libya" und legte den Fokus zunächst auf ganz praktische Unterstützung: Im Protestcamp fehlten Nahrungsmittel, medizinische Versorgung, Kleidung und anderes, was durch finanzielle Mittel aus Europa teilweise gedeckt werden konnte. Bald begann "Solidarity with Refugees in Libya" auch mit politischer Arbeit, denn die Forderungen der "Refugees in Libva" richten sich auch an Institutionen, die in Europa vertreten sind und sogar direkt an die EU. Die politische Arbeit steht unter dem Motto "Amplify their voices", es geht also darum, den Stimmen der Protestbewegung an denjenigen Stellen Gehör zu verschaffen, an denen sie sonst nur schwer ankommen. Seit dem Frühling 2022 wurden mehrere >> Social Media Kampagnen und immer wieder Proteste an verschiedenen Orten organisiert, beispielsweise am 15. Oktober 2022 gegen die Verlängerung des Memorandums zwischen Italien und Libyen. Dabei wurde in verschiedenen europäischen Städten parallel demonstriert. Am 10. Januar 2023 gab es weitere dezentrale Proteste und Mahnwachen zum Jahrestag der Räumung des Protestcamps.

Die bisher größte Aktion von "Solidarity with Refugees in Libya" war der >> zweitägige Protest vor dem UNHCR Hauptbüro in Genf. Die Kampagne "UNFAIR - The UN-Refusal Agency" begann mit der Veröffentlichung der

>>>

>>> Website unfairagency.org mit Augenzeugenberichten und Recherchen zur Arbeit des UNHCR Libyen. Am 9. und 10. Dezember 2022 reisten Demonstrant*innen aus ganz Europa nach Genf, um die Proteste dort vor dem UNHCR Hauptbüro zu verstärken. Auch einige der Protestierenden aus Tripolis, darunter David Yambio, Sprecher der Bewegung, waren in der Zwischenzeit nach Europa gekommen und konnten dort persönlich von Erfahrungen berichten und Vertreter*innen des UNHCR direkt Forderungen überbringen. In Genf wurde einen Tag lang eine Mahnwache direkt vor dem UNHCR-Gebäude abgehalten und am 10. Dezember, zum Internationalen Tag der Menschenrechte, zog ein lauter Demonstrationszug vorbei am UNHCR Büro durch die Innenstadt von Genf.



Die Bewegung "Refugees in Libya" und die Allianz "Solidarity with Refugees in Libya" arbeiten eng zusammen und stehen in ständigem Austausch. Online-Treffen finden mehrmals wöchentlich statt, dabei werden die gemeinsamen Aktionen organisiert und Neuigkeiten zur Situation vor Ort in Libyen berichtet. Die Impulse zur politischen Arbeit gehen von den Berichten aus Libyen aus. Immer wieder geht es auch darum, durch Advocacy-Arbeit in Einzelfällen zu unterstützen, wie beispielsweise im Fall von Mazin, ein 15-jähriger Junge, der entführt, gefoltert und 100 Tage lang festgehalten wurde. In einer gemeinsamen Anstrengung der Aktivist*innen in Tripolis und Europa konnte Mazin schließlich befreit werden.



Spenden und Mitmachen

Widerstand ist möglich! Aktiv handeln, jetzt!

Beteilige dich an Kampagnen und Aktionen oder rufe diese selbst ins Leben! Besuche und organisiere Informationsveranstaltungen! Werde durch Vorträge und Gespräche als Multiplikator*in tätig! Unterstütze Menschen, die neu ankommen, direkt und solidarisch! Mach bei uns mit! Auf unserer Webseite findest du Informationen über ehrenamtliche Mitarbeit und Praktikumsmöglichkeiten in unseren Büros in Berlin und Palermo. Wenn du selbst an deinem Ort eine Veranstaltung organisieren möchtest, stehen wir gerne als Referent*innen zur Verfügung.

Bleibt kritisch und aktiv!

borderline-europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V. gibt es inzwischen seit 15 Jahren. Darin stecken viel Energie und der starke Wille, eine kritische Stimme im öffentlichen sowie politischen Diskurs um Migration und Flucht zu vertreten. Indem wir die Situation an den Außengrenzen und innerhalb Europas verfolgen und anprangern, schaffen wir Transparenz und Öffentlichkeit für die migrationspolitischen Missstände der Europäischen Union. Unsere Arbeit ist sehr vielfältig und fordert eine Kontinuität unseres erfahrenen Teams. All unsere Aktivitäten werden durch Spenden finanziert und können nur so weitergeführt werden.

Unterstütze borderline-europe!

Mit eurer Unterstützung werden wir weiterhin gegen das Sterben an den Außengrenzen vorgehen! Mit eurer Unterstützung wird es weiterhin ein Monitoring und Projekte an den Außengrenzen des europäischen Grenzregimes geben, die die aktuellen Zustände sichtbar machen! Mit eurer Unterstützung werden wir weiterhin den notwendigen transnationalen Austausch mit anderen kritischen Initiativen und NGOs vorantreiben!

Unterstütze unsere Arbeit durch eine Spende oder werde Fördermitglied!

JEDE SPENDE HILFT!

borderline-europe e.V. GLS Bank, Bochum Konto-Nr 4005794100 BLZ 43060967 IBAN DE11 4306 0967 4005 7941 00 BIC GENODEM1GLS (Bochum)

Liste unserer Partner*innen und Netzwerke

Aegean Migrant Solidarity

https://www.cpt.org/programs/lesvos

Africa Center for Justice and

Peace Research

https://www.acjps.org

Afrique Europe Interact

https://afrique-europe-interact.net/

Alarm Phone

https://alarmphone.org/de/

Alarm Phone Sahara

https://alarmephonesahara.info/en/

Alibi - Zentrum für Soziales und Kunst

https://alibi-essen.de/

Antirassistisches Forum in Palermo

https://www.facebook.com/ForumAntiraz-

zistaPalermo

Apuleius Foundation

https://www.facebook.com/Apuleius.founda-

tion

Arci Porco Rosso

https://arciporcorosso.it/

Arbeitskreis Asyl, Göttingen

https://papiere-fuer-alle.org/ak-asyl

Asyl in Not

https://www.asyl-in-not.org

Bahnhof Langendreer

https://bahnhof-langendreer.de/

Bawarder Foundation

https://www.facebook.com/bawader

Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung

https://www.bildungswerk-boell.de

Borderline Sicilia

https://www.borderlinesicilia.it/de/

Bordermonitoring.eu

https://bordermonitoring.eu/

Captain Support Project

https://www.facebook.com/CaptainSupport-

LegalAid/

Corasol

http://corasol.blogsport.de/

Deportation Monitoring Aegean

https://dm-aegean.bordermonitoring.eu/

Dunya Collective

https://www.dunyacollective.org

EKIR - Evangelische Kirche im Rheinland

https://www2.ekir.de/

European Centre for Constitutional and

Human Rights

https://www.ecchr.eu/

European Democratic Lawyers

http://www.aeud.org/

Equal Rights Beyond Borders

https://equal-rights.org/

Familienleben für alle!

https://familienlebenfueralle.net/

Flüchtlingsrat Berlin

https://fluechtlingsrat-berlin.de/

Forum Antirazzista Palermo

https://www.facebook.com/ForumAntiraz-

zistaPalermo/

Gatroon Human Rights Centre

https://www.facebook.com/gatroon.rights

Grenzgänger e.V.

http://grenzgaenger-berlin.de/berlin

HuBB - Humans Before Borders

https://www.instagram.com/humansbeforeborders/

Human Rights Legal Project Samos

keine Website

Initiative gegen das EU-Grenzregime

http://wirsindwuetend.blogsport.eu/

IPPNW

https://www.ippnw.de/startseite.html

Iuventa10 / Solidarity at Sea

https://iuventa10.org/

Sea-Watch

https://sea-watch.org/

Klikaktiv

https://klikaktiv.org/

Kritnet

http://kritnet.org/

La Kasbah

https://lakasbah.org/category/news/

Legal Centre Lesvos

https://legalcentrelesvos.org/

Mare Liberum

http://www.mare-liberum.org/

Mediterranea

https://mediterranearescue.org/

Mem.Med (MemoriaMediterranea)

https://www.facebook.com/MM.Mem.

Med

Migration Policy Group

https://www.migpolgroup.com/

Migreurop

www.migreurop.org/

No Nation Truck

https://nonationtruck.org/

Pro Asyl

https://www.proasyl.de/

Radio Koode International

https://koode.net

Rosa-Luxemburg-Stiftung

https://www.rosalux.de/

SAROBMED

https://sarobmed.org/

Sea-Watch

https://sea-watch.org/

Seebrücke

https://seebruecke.org/

Solidarity Cities

https://solidaritycities.eu/

SOS Mediterranée

https://sosmediterranee.de/

Stiftung Nord-Süd-Brücken

https://nord-sued-bruecken.de/

Stop Deportation Centre BER

https://abschiebezentrumverhindern.no-

blogs.org/

Subjective Values Foundation

https://szubjektiv.org/

TNI Transnational Institute

https://www.tni.org/en

United4Rescue

https://united4rescue.org

Unteilbar

https://www.unteilbar.org/

Subjective Values Foundation

https://szubjektiv.org/

We are a welcoming Europe

https://www.facebook.com/Welcoming-

Europe/

Welcome United

https://www.welcome-united.org/

Women in Exile

https://www.women-in-exile.net/

You Can't Evict Solidarity

https://cantevictsolidarity.noblogs.org/

Impressum und Kontakt

borderline-europe Jahresbericht 2022

Beiträge von:

Alice Kleinschmidt, Andrea Stearitz, Hannah Neidhardt, Kristina di Bella, Lisa Vierheilig und Sarah Spasiano

Redaktion: Julia Winkler

1. Auflage, März 2023

Kontakt

Hauptsitz Berlin Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin M +49 (0)30 23880311 mail@borderline-europe.de

Italien, Außenstelle:
Sizilien/Palermo
M +39 340 980 21 96
italia@borderline-europe.de

borderline-lesvos Griechenland, Lesbos/Mytilini Alice Kleinschmidt M +30 698 872 49 82 protistassi@borderline-europe.de

Bildrechte

borderline-europe, Creative Commons BY-NC-ND 4.0 (falls nicht anders gekennzeichnet)

Gestaltung

Juliana Maurer

Druck

Pinguin Druck Berlin

Vorstand

Andrea Staeritz Sara Bellezza Harald Glöde

Eingetragen im Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin

Spendenkonto

GLS Bank, Bochum Kto.-Nr.: 400 579 4100 BLZ: 430 609 67

www.borderline-europe.de

Twitter ☑ BorderlineEurop
Facebook ♂ borderlineeurope
Instagram ☑ borderline_europe

www.borderline-europe.de

borderline-europe